Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 14. Mai 2018

Niederschrift
über die 40. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 24.04.2018
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 18:56 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 32 ständig anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Klaus Jäger	Thomas Salzmann
Xenia Boerner	Tobias Kämpf	Annekatrin Schicker
Dirk Brückner	Kerstin Knabe	Jörg Schmidt
Christian Erdmann	Prof. Dr. Lutz Kowalzick	Uta Seidel
Thomas Fiedler	Monika Mühle	Bernd Stubenrauch
Klaus Gerber	Steffen Müller	Christa Süß
Sven Gerbeth	Petra Rank	Frank Thieme
Alexandra Glied	Dieter Rappenhöner	Hansjoachim Weiß
Claudia Hänsel	Ilka Reißner	Benjamin Zabel
Andre Hegel	Wolf-Rüdiger Ruppin	Frank Michael Zabel
Daniel Herold		

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 7 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 3.3.
Ralf Bräunel	zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
Ingo Eckardt	zeitweise anwesend ab TOP 1.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend ab TOP 2.1. bis TOP 3.7.
Christian Hermann	zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
Rico Kusche	zeitweise anwesend bis TOP 3.4. und wieder anwesend ab TOP 3.7.
Tobias Rüdiger	zeitweise anwesend ab TOP 3.4.

Abwesende:
Abwesend sind 4 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Rene Fischer	entschuldigt
Hansgünter Fleischer	entschuldigt
Wolfgang Hinz	entschuldigt
Juliane Pfeil-Zabel	entschuldigt

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 27.03.2018
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Information
2.1. Grundsatzbeschluss zur Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
Drucksachennummer: 763/2018
3. Beschlussfassung
3.1. Entsendungswiderruf eines Mitglieds in den Aufsichtsrat des Vogtländischen Fußballclub Plauen e. V. (VFC Plauen e. V.)
Drucksachennummer: 778/2018
3.2. Standortentscheidung einer Gedenkstele anl. 80 Jahre Novemberpogrom
Drucksachennummer: 764/2018
3.3. Überplanmäßige Auszahlungen für die Baumaßnahme Sanierung Speisesaal/Aula Diesterweg-Gymnasium
Drucksachennummer: 761/2018
3.4. Hempelsche Fabrik - "Niederschwelliger Ausbau" der Halle 1
Drucksachennummer: 726/2018
3.5. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Deutsch-Österreichischem URBAN-Netzwerk
Drucksachennummer: 769/2018
3.6. Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung für die Sanierung Spielplatz Tischerstraße
Drucksachennummer: 780/2018
3.7 Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung
Drucksachennummer: 776/2018
- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg. Nr. 275-18*
- Stellungnahmen der Verwaltung
3.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Mülltrennung an öffentlichen Schulen in Plauen
Reg. Nr. 270-18
- Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, und Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass

TOP 3.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg. Nr. 270-18*
„Mülltrennung an öffentlichen Schulen in Plauen“

im Einvernehmen mit dem Antragsteller von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird, da zum heutigen Tage der organisatorische und der finanzielle Aufwand für die Umsetzung des

Antrages noch nicht eingeschätzt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II und Herrn Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I sich miteinander zu beraten, wie das Anliegen des Antrages organisatorisch und finanziell umgesetzt werden kann.
Sobald entsprechende Ergebnisse vorliegen, wird der o. g. Antrag wieder in die Beratung aufgenommen.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 27.03.2018

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, eine noch zu vermessende Fläche von ca. 3.770 m² im Gewerbepark Reißig vorbehaltlich des Vermessungsergebnisses zu veräußern.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Ankauf eines Flurstückes der Gemarkung Oberlosa, und die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltmittel in Höhe von 88.000,00 EUR für Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken im Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa genehmigt.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Verwaltung beauftragt, eine Polizeiverordnung für ein örtlich und zeitlich begrenztes Alkoholkonsumverbot im Bereich des Postplatzes, des Lutherparks, des Unteren Grabens sowie Teilen der Syra- und Klosterstraße zu erarbeiten.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die Auswirkungen des aktuellen Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst.
Der Abschluss sei deutlich über den bisher gewohnten Prozentzahlen ausgefallen, so dass für 2018 ein zusätzlicher Finanzbedarf (zusätzlich zu den bereits geplanten Erhöhungen) i. H. v. 201.000 EUR, für 2019 i. H. v. 677.000 EUR und für 2020 i. H. v. 385.000 EUR entsteht.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass am 05.05.2018 ab 9:00 Uhr der „Tag der Städtebau-förderung“ im Rathaus der Stadt Plauen stattfindet.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert weiterhin, dass die Besatzung des U-Bootes 36 (für diese Marineeinheit hat die Stadt Plauen die Patenschaft übernommen) zum diesjährigen Spitzenfest zu Besuch in Plauen sein wird.

2. Information

2.1. Grundsatzbeschluss zur Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH

Drucksachennummer: 763/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, begrüßt im Namen seiner Fraktion die Fortführung des Grundlagenvertrages.
Darüber hinaus wäre es gut, wenn die Tarifangleichungen auch außerhalb der Deckelung nach 2021 Berücksichtigung finden könnten, um noch längere Schließzeiten des Theaters durch herabgesetzte Arbeitszeiten zu vermeiden.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass eine Erhöhung der Deckungsquote i. H. v. 1 % pro Jahr angestrebt werden sollte. Dies sei machbar und würde die wirtschaftliche Verantwortung ein Stück weit an die Einrichtung zurückgeben.
Weiterhin sollte man sich bemühen, den Kreis der Gesellschafter zu erweitern, so dass sich nicht nur die kreisangehörigen Städte Plauen und Zwickau sondern auch die Landkreise Zwickau und Vogtlandkreis über das Maß hinaus, was sie schon im Rahmen des Kulturraumes leisten, an der Finanzierung beteiligen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass man in diesem Falle einen deutlichen Schritt weiter wäre, wenn alle Parteien diesbezüglich Beschlüsse fassen würden, an welche sich alle Kreistags-mitglieder gebunden fühlen müssten.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, zeigt sich erfreut, dass heute nicht wieder über den Erhalt des Theaters sondern über die Fortführung des Grundlagenvertrages gesprochen wird, was zeigt, dass sich die Gesellschafter einig seien. Gleichzeitig unterstützt er aber die Meinung von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick, dass auch die beiden Landkreise mit in die Pflicht genommen
werden sollten.

Stadtrat Benjamin Zabel vertritt die Meinung, dass die Arbeitsgruppe zum Theater wieder aufgenommen werden sollte, welche von den Fraktionen DIE LINKE. und SPD/Grüne gefordert wurde, um auf eine gemeinsame Gesprächsebene zu kommen und die Zukunft des Theaters sichern zu können.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es sicher realisierbar sei, das Einspielergebnis zu erhöhen.
Über die Aufsichtsräte hätte man hier die Chance, auf die Spielplanausgestaltung Einfluss zu nehmen.

Bezüglich der Einbeziehung der Landkreise in die Finanzierung des Theaters vertritt Stadtrat Gerbeth die Meinung, dass es möglich sein müsste, auch die Landesregierung mit in die Pflicht zu nehmen.

Information:
Die Gesellschafter Stadt Plauen und Stadt Zwickau haben in der Gesellschafterversammlung am 31.01.2018 die Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses, besprochen.

3. Beschlussfassung

3.1. Entsendungswiderruf eines Mitglieds in den Aufsichtsrat des Vogtländischen Fußballclub Plauen e. V. (VFC Plauen e. V.)

Drucksachennummer: 778/2018

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, seinen Vorschlag zur Bestellung von Herrn Stadtrat Benjamin Zabel zum Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. zu widerrufen und dem Aufsichtsrat des VFC Plauen e. V. vorzuschlagen, dessen Bestellung als Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. ebenfalls zu widerrufen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 40/18-1

3.2. Standortentscheidung einer Gedenkstele anl. 80 Jahre Novemberpogrom
Drucksachennummer: 764/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.
Nach Beratung mit dem Landrat wird nunmehr als Standort für die Stele das Foyer des Landratsamtes Vogtlandkreis (Variante 1) vorgeschlagen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist aber er darauf hin, dass die zu errichtende Stele ein Gewicht von 500 kg pro m^2 wegen der Druckbelastung des Bodens nicht überschreiten dürfte.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass der Ursprungsantrag ihrer Fraktion zu diesem Thema bereits im Jahr 2016 gestellt wurde und nicht – wie in der Vorlage erwähnt – 2017.

Der Standort im Foyer des Landratsamtes wird von der Fraktion DIE LINKE. nicht befürwortet. Die Stele sollte im öffentlichen Raum stehen. Von der Fraktion DIE LINKE. wurde der Obere Bahnhof als Standort favorisiert, da es sich um ein beleuchtetes und überwachtes Gelände handelt.

Nach Meinung von Stadträtin Rank sollte noch einmal über einen geeigneten öffentlichen Standort gesprochen werden. Es sei zu befürchten, dass bei der jetzigen Standortwahl einige Spender zurück-treten würden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, befürwortet den Standortvorschlag der Verwaltung. Es sei ein historisch authentischer Ort. Die Sicherheit bezüglich der Vermeidung von Vandalismus sei gewährleistet.

Stadtrat Frank Thieme, SPD/Grüne-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Rank an. Eine Gedenkstele in einem Innenraum zu verstecken sei nicht richtig. Wenn das ehemalige Kaufhaus Tietz schon als Standort in Frage käme, sollte die Stele vor der Eingangstüre errichtet werden.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., ist nach wie vor der Meinung, dass eine Einrichtung, die ganzer Opfergruppen gedenkt nicht ins Innere eines Gebäudes gehört. Weiterhin führt sie aus, dass die Familie Tietz, denen das ehemalige Kaufhaus Tietz (jetzt LRA) gehörte, gar nicht in Plauen gelebt hat, sondern nur Angestellte der Familie.

Stadträtin Hänsel stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Einem Aufstellen der geplanten Stele im Inneren des Landratsamtes könnte die Fraktion DIE LINKE. zustimmen, wenn auf dieser Stele nicht insgesamt der jüdischen Bürger Plauens sondern einzelner jüdischer Personen namentlich gedacht würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt sich dieses Ergänzungsantrages an. Auf Basis eines Vorschlages (evtl. von Herrn Naumann) und mit einem Prüfauftrag versehen, könnte eine entsprechende Namensliste erstellt und zur Beratung im Kultur- und Sportausschuss ein-gebracht werden.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Variante 1 als Standort für die Gedenkstele anl. 80. Jahrestag Novemberpogrom.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-2

3.3. Überplanmäßige Auszahlungen für die Baumaßnahme Sanierung Speisesaal/Aula Diesterweg-Gymnasium
Drucksachennummer: 761/2018

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass trotz der Erhöhung der Kosten die Fördermittel aus dem Programm „Brücken in die Zukunft“, welches nunmehr die Realisierung dieser Baumaßnahme ermöglicht hat, deutlich über 50 % liegen (also über den 40 % , die aus der Schulbauförderung möglich gewesen wären).

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, äußert sich positiv zur Realisierung der Baumaßnahme Speisesaal/Aula.
Er führt aus, dass der „Freundeskreis des Diesterweg-Gymnasiums“ eine große Spendensammlung für den Anbau eine Freitreppe an die Aula durchführt. Nunmehr würden noch ca. 1.000 EUR fehlen, um das Projekt umsetzen zu können.

Stadtrat Rico Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, befürwortet die Baumaßnahme ebenfalls.
Er fragt aber nach, ob die Finanzierung der Freitreppe nicht auch durch die Stadt Plauen hätte mit eingeplant werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass bei Planungen immer Standards beachtet werden müssten. Die Treppe gehört in der gewünschten Breite nicht zum Schulbaustandard und wird somit auch nicht eingeplant.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 187.000 EUR - Investitions-Nr. 12-IK00004 - für die Baumaßnahme Sanierung Speisesaal/Aula Diesterweg-Gymnasium.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 40/18-3

3.4. Hempelsche Fabrik - "Niederschwelliger Ausbau" der Halle 1
Drucksachennummer: 726/2018

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, erklärt sich zu diesem Tagesordnungsunkt für befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wann eine Entscheidung zur Deckung der zusätzlichen Eigenanteile vorliegen wird. In der Vorlage ist auf Seite 2 des Sachverhaltes ein Zeitraum von April/Mai 2018 angegeben.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, begrüßt im Namen seiner Fraktion die weitere Planung.
Gerade bei diesem Projekt sollte man sich ein wenig mehr Optimismus zutrauen.
Mit einer guten Vermarktung bestünde hier die Chance an die historische Innovationskraft dieses Gebietes anzuknüpfen.
Bei der Vermarktung sollte darauf Acht gegeben werden, dass sich auch außerhalb Plauens Kreative und Unternehmer angesprochen fühlen.

Im Namen der CDU-Fraktion bedankt sich Stadtrat Kämpf bei der Verwaltung und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung der Maßnahme.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Stand der Entwurfsplanung für den „niederschwelligen Ausbau“ der Halle 1 der ehemaligen Hempelschen Fabrik für die Kreativwirtschaft zur Kenntnis und bestätigt diesen als Grundlage für die Weiterführung der Planungen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-4

3.5. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Deutsch-Österreichischem URBAN-Netzwerk
Drucksachennummer: 769/2018

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, empfiehlt im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur Mitgliedschaft. Zum einen, weil für den Mitgliedsbeitrag eine gute Förderung möglich ist und zum anderen, weil die Mitgliedschaft klar bis 2020 begrenzt ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Befristung mit einem entsprechenden Stadtrats-beschluss auch wieder aufheben könnte, wenn eine weitere Mitgliedschaft gewünscht wird.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, fragt in diesem Zusammenhang zum aktuellen Stand bezüglich der „Metropolregion Sächsisches Städtedreieck“ nach.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, hierüber in geeigneter Form im Wirtschaftsförderungsausschuss zu informieren.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Eintritt in das Deutsch – Österreichische URBAN-Netzwerk (Netzwerk zur Unterstützung von integrierten städtischen Entwicklungsmaßnahmen über EU-Strukturfonds).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-5

3.6. Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlungen für die Sanierung Spielplatz Tischerstraße
Drucksachennummer: 780/2018

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Vorlage aufgrund der Kürze der Zeit bezüglich der Vergabe der Leistungen für diese Maßnahme nicht in einem Ausschuss vorberaten wurde.
Um keine Eilentscheidung treffen zu müssen hat Oberbürgermeister Oberdorfer die Beschlussfassung im Stadtrat ohne eine Vorberatung befürwortet.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, signalisiert Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Vorlage.
Er merkt aber an, dass seitens der Firma EDEKA ein unterstützendes Angebot zu diesem Spielplatz im Zuge der Einrichtung eines Kreisverkehrs an dieser Stelle gemacht wurde.
Stadtrat Müller führt weiter aus, dass es hier Versäumnisse der Stadtverwaltung Plauen gegeben hätte.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht hier keine Versäumnisse der Stadt Plauen. Die Angelegenheit wurde nach einem gültigen Einzelhandelskonzept behandelt**. Nach seinem Kenntnisstand liegt bis heute kein Bauantrag der Firma EDEKA vor. Er bittet darum, dass Bürgermeister Sárközy zum aktuellen Stand nachfragt und im nächsten Wirtschaftsförderungsausschuss darüber informiert.**

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt über die Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung i. H. v. 71.000 EUR für die Maßnahme „Neugestaltung Spielplatz Tischerstraße“ (Investitionsnummer 18-0000110).

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-6

3.7. Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung
Drucksachennummer: 776/2018

- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg. Nr. 275-18*
- Stellungnahmen der Verwaltung

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Polizeipräsident Conny Stiehl.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage. Er weist u. a. darauf hin, dass ein neues Polizeigesetz erlassen werden soll, mit einem Beschluss dazu sei aber wohl nicht vor der Sommerpause zu rechnen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass das gesellschaftliche Problem des Alkoholkonsums durch die Einführung eines Alkoholverbotes nicht gelöst werden kann, aber es würde einen Baustein in einem Sicherheitspaket darstellen.
Einen guten Ansatz sieht Stadtrat Schmidt auch darin, Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund im Ordnungsvollzugsdienst einzustellen.
Die personelle Aufstockung des Ordnungsvollzugsdienstes wird von der CDU-Fraktion unterstützt. Gleichzeitig soll die Ausrüstung der Mitarbeiter/innen verbessert werden.

Die CDU-Fraktion spricht sich klar und deutlich für restriktive Maßnahmen aus, aber auch die präventive Arbeit dürfe nicht zu kurz kommen. Man könne sich vorstellen, Streetworker zu finanzieren, wenn ein Konzept hierfür vorliegt. Die Mitarbeiter/innen des Ordnungsvollzugsdienstes sollten geschult werden, um Deeskalationen begleiten zu können.

Stadtrat Schmidt hofft, dass das neue Polizeigesetzt auch in juristischer Hinsicht Klarheit erbringen

wird.

Stadtrat Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass Lebensräume nunmehr anders genutzt werden als bisher, z. B. dass auch öffentlich Alkohol konsumiert würde.
Der Einsatz von Sozialarbeitern im Innenstadtbereich wurde schon sehr lange von der Fraktion DIE LINKE. gefordert, um die Menschen bei ihren Problemen zu unterstützten. Ein Alkoholverbot sei an dieser Stelle nicht richtig.

Stadtrat Rüdiger hat bis jetzt noch keinen Nachweis erhalten, dass sämtliche Straftaten, die am Tunnel passiert sind, unter Alkoholeinfluss ausgeführt wurden bzw. die nicht passiert wären, wenn dort kein Alkohol konsumiert worden wäre.

Stadtrat Rüdiger spricht das Beispiel Alkoholverbot in Görlitz an. Dort wurden in einem Zeitraum von 2 Jahren lediglich 23 Vorfälle registriert – Einnahmen aus Bußgeldern: 863 EUR.
Um das Alkoholverbot in Plauen durchsetzen und kontrollieren zu können, müsse nach Meinung von Stadtrat Rüdiger wesentlich mehr ausgegeben werden, um alleine Angestellte im Ordnungsvollzugsdienst finanzieren zu können. Er würde dieses Geld lieber für den Einsatz von Sozialarbeitern verwenden.

Man könnte nach Meinung von Stadtrat Rüdiger auch ohne ein Alkoholverbot Ordnungsbedienstete an den Tunnel schicken, um mit den entsprechenden Leuten ins Gespräch zu kommen.

Stadtrat Rüdiger führt aus, dass das Alkoholverbot lediglich zu einer Verschiebung der so genannten „Trinkertreffs“ führen würde.
Abschließend merkt er an, dass sich eine moderne Stadt nicht über Verbote sondern über Lösungs-möglichkeiten definieren sollte.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, stellt fest, dass sich das Gefühl von Sicherheit in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat. Dies würde zum Teil auch durch die Statistik der Polizeibehörde bezüglich der Innenstadt unterlegt.

Stadtrat Benjamin Zabel sieht die Verantwortlichkeit für diese verschlechterte Situation in dem Beschluss zum Stellenabbau bei der Polizei („Polizei 2020“) seitens des Sächsischen Landtages.
Unter bestimmten Voraussetzungen könnte man das Alkoholverbot angehen. Wichtig wäre der SPD/Grüne-Fraktion hierbei aber, die Ursachen zu betrachten, warum es zu den Ausschreitungen am Tunnel kommt. Er sieht ebenfalls die Gefahr einer Verschiebung der „Trinkertreffs“, wenn das Alkoholverbot durchgesetzt würde.
Gleichzeitig sollte das Thema Durchsetzbarkeit des Alkoholverbotes überlegt werden. Einen Personalaufbau in den entsprechenden Bereichen habe die SPD/Grüne-Fraktion bereits in den vergangenen Jahren, z. B. im Zuge der Haushaltsdiskussion 2017.

Stadtrat Benjamin Zabel hofft, dass es letztendlich ein Gesamtpaket geben wird, welches nicht nur das reine Alkoholverbot sondern auch die Stärkung der Sozialarbeit enthalten sollte.

Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es bei der Entscheidung zu dieser Vorlage nicht darum gehen sollte, was die einzelnen Fraktionen wollen, sondern was die richtige Entscheidung für die Bürger/innen sei. Sie hält das Alkoholverbot für den richtigen Weg, welches mit anderen Maßnahmen (z. B. Einsatz von Streetworkern) ergänzt werden sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet nunmehr um Befassung zum Antrag der SPD/Grüne-Fraktion***, Reg. Nr. 275/2018.***

Stadtrat Benjamin Zabel führt aus, dass dieser Antrag als Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung gesehen werden sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, die im o. g. Antrag aufgeführten Maßnahmen einzeln abstimmen zu lassen.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, merkt an, dass der CDU die Sicherheit schon immer wichtig war. Seiner Meinung nach liegen die Gründe für die Verschlechterung der Sitten darin, dass vergessen wird, auch auf die Pflichten des Einzelnen (und nicht nur auf die Rechte) hinzuweisen. Eine freiheitlich demokratische Grundordnung könne nicht ohne Regeln funktionieren.
Die Durchsetzbarkeit nur beim Thema Alkoholverbot zu thematisieren sei nach Meinung von Stadtrat Weiß nicht richtig.
Stadtrat Weiß glaubt, dass es mit dem Beschluss des Alkoholverbotes darum geht, ein Zeichen zu setzen. Man sei sich bewusst, dass dieses Verbot nicht ständig überprüft bzw. durchgesetzt werden könne.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, führt aus, dass die Kriminalität in der Plauener Innenstadt höher sei, als in ganz Sachsen. Er glaubt, dass man mit dem Beschluss des Alkoholverbotes teilweise zur Lösung des Problems beigetragen werden kann.

Stadtrat Eckardt merkt an, dass Sozialarbeit seit den 70iger Jahren „Trend“ sei. Oft bliebe aber der Nachweis aus, dass Sozialarbeit wirklich gut funktioniert. Seiner Meinung nach würde Sozialarbeit „manchmal überhaupt nicht“ oder nur langfristig funktionieren. Es würde in Plauen aber eine kurzfristige Lösung benötigt, damit sich die Bürger/innen in der Innenstadt wieder wohlfühlen.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, informiert, dass seine Fraktion mit dem Punkt 1 des o. g Ergänzungsantrages der SPD/Grüne-Fraktion „auf einer Linie“ sei.
Der Punkt 2 sollte konkretisiert werden. Hier sollte ergebnisoffen befürwortet aber nicht auf einen Verein festgelegt werden.
Es sollte darauf geachtet werden, dass die eingesetzten Sozialarbeiter mit den gleichen Regeln und Argumenten arbeiten wie die Verwaltung bzw. der Ordnungsvollzugsdienst.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass seitens des Vereines „Mobile Jugendarbeit“ nunmehr eine positivere Sichtweise zur Problematik vorliegt.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert, dass es in der zu beschließenden Vorlage nicht um das Alkoholverbot sondern um ein Alkohol**konsum**verbot geht.

Eigentlich sollte aber das Alkoholverbot an erster Stelle stehen. Wichtig sei aber, dass alkoholisierte Menschen keine Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begehen. Die vorgelegte Alkoholkonsumverbotsverordnung würde dies nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner nicht erreichen.

Stadtrat Rappenhöner hält Prävention für wichtiger als Repression. Ohne Prävention wird seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen können.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, führt aus, dass man einem Verwaltungsrichter eine gewisse Dichte an Ordnungswidrigkeiten darlegen müsste, um ein Alkoholverbot erlassen zu können. Mit der vorliegenden Dokumentation von 15 Vorfällen in 2 Jahren wäre dies nicht machbar, zumal nur in 7 dieser Fälle eine Alkoholmessung durchgeführt wurde.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass seitens ihrer Fraktion der Ergänzungs-antrag der SPD/Grüne-Fraktion unterstützt wird. Mit dem Erlass eines Alkoholkonsumverbotes würde das Problem lediglich in andere Bereiche der Stadt Plauen verschoben, die Ursachen aber nicht
beseitigt werden.

Nach Meinung von Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., würde der Beschluss eines Alkoholkonsumverbotes ein Abschieben der Verantwortung darstellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft die Punkte des Antrages der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg. Nr. 275-18*** einzeln zur Beschlussfassung auf:

Beschluss zum Antrag – *Reg.Nr. 275-18*:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Verwaltung, statt der Erarbeitung einer Polizeiverordnung für ein örtlich und zeitlich begrenztes Alkoholkonsumverbot folgende Maßnahmen zu verfolgen:

Punkt 1:

Beschluss
Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle zur Durchführung eines regelmäßigen Streifendienstes mit drei Kräften des Gemeindevollzugsdienstes

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-7

Punkt 2:

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die Antwort des Vereins Mobile Jugendarbeit.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass grundsätzlich der Vogtlandkreis für Sozialarbeit zu-ständig ist. Da aber durch die Landesförderrichtlinie „integrative Maßnahmen" eine 90 %ige Förderung einer Sozialarbeiter-Stelle mit integrativem Charakter möglich ist, sollte dies genutzt werden. Bezüglich der im Beschlussvorschlag angegebenen 4.900 EUR weist Oberbürgermeister Oberdorfer darauf hin, dass dieser Betrag durch Tarifsteigerungen eventuell noch angepasst werden müsste.

Stadtrat Benjamin Zabel führt aus, dass er kein Problem darin sieht, auch andere Vereine hierzu anzusprechen, falls der Verein Mobile Jugendarbeit diese Stelle nicht besetzen könne.

Stadtrat Zabel weist darauf hin, dass es kein Argument sei, die Mobile Jugendarbeit nicht zu nehmen, wenn sie dem Alkoholkonsumverbot nicht zustimmen würde. Nach seiner Meinung müsste nicht jeder, der Sozialarbeit in der Innenstadt macht die Bedingungen akzeptieren, welche die Stadt Plauen in der Polizeiverordnung skizziert.
Die Umsetzung der Polizeiverordnung sei Aufgabe der Polizei und des Ordnungsamtes und nicht die Aufgabe der Jugendsozialarbeit.

Stadtrat Kämpf erläutert, dass es schon relevant sei, dass der Streetworker des Vereines auch ein einheitliches Auftreten mit den Angestellten des Ordnungsvollzugsdienstes und der Polizei wahrnimmt.

In der Beschlussfassung zu diesem Punkt sollte offen gehalten werden, dass sich auch andere Vereine die Möglichkeit haben, sich für dieses Projekt zu bewerben.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass zum Beschlusstext keine Änderungsanträge vorliegen und lässt nunmehr zum Punkt 2 abstimmen.

Beschluss
Einstellung eines Zuschusses als Ersatz des Eigenanteils für die Mobile Jugendarbeit e. v. in Höhe des Eigenanteils zur Beantragung einer zusätzlichen Streetworker-Stelle in der Innenstadt im Rahmen der Landesförderrichtlinie „integrative Maßnahmen".

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimme n; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-8

Punkt 3:

Beschluss:
Regelmäßige Tagungen der so genannten „Tunnelrunde" mit Polizei, Einzelhändlern, Kreisver-waltung, Plauener Straßenbahn, Mobile Jugendarbeit e. V. und Vertretern der Stadtratsfraktionen mit halbjährlicher Information an den Stadtrat der Stadt Plauen.

Punkt 3 des Antrages wird per Akklamation angenommen.

Punkt 4:

Beschluss:
Der Verwaltungsausschuss ist regelmäßig über die Sicherheitslage in der Stadt Plauen durch das Ordnungsamt und die Polizei zu informieren und hat über weitere Maßnahmen zu beraten

Punkt 4 des Antrages wird per Akklamation angenommen.

Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, empfiehlt dringend, mit dem Geschäftsinhabern und Beschäftigten der Einzelhandelsgeschäfte rund um den Postplatz bezüglich der derzeitigen Situation ins Gespräch zu kommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Polizeipräsident Conny Stiehl um Beantwortung der Frage, ob ein Alkoholkonsumverbot (wenn es heute beschlossen würde) von der Verwaltung gemeinsam mit der Polizeibehörde durchgesetzt werden könnte.

Herr Polizeipräsident Conny Stiehl, glaubt, dass zu diesem ernsten Thema der Ordnung und Sicherheit im Zentrum von Plauen nunmehr gemeinsam Maßnahmen gefunden wurden, die hoffentlich auch gemeinsam zum Erfolg führen. Er hat aber auch den Eindruck, dass diese Maßnahmen mit Halbwahrheiten und Vermutungen wieder zerredet würden.

Herr Stiehl führt aus, dass der Alkoholkonsum im Zentrum von Plauen ein Problem darstellt.
Um diesem Problem begegnen zu können, bedarf es einer Festlegung, damit Polizei und Verwaltung handeln können.
Herr Stiehl weist darauf hin, dass ein Alkoholverbot nicht gefasst werden soll, um kontrollieren zu können. Wichtig sei doch, dass sich jeder daran hält.

Herr Stiehl bittet abschließend darum, dass die Mitglieder des Stadtrates sachlich und an ihrer Stadt interessiert bleiben sollen.

Stadtrat Rappenhöner fragt nach ob auch das Gebäude der Stadtgalerie in die Beschlussfassung über das Alkoholkonsumverbot mit einbezogen ist. Dies wäre so in der Anlage zur Verwaltungsvorlage so dargestellt.

Frau Ullmann, Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung, antwortet, dass das Alkoholkonsum-verbot nur für den öffentlichen Raum (also die Flächen um das Gebäude herum) gelten kann.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche öffentliche Abstimmung zur Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung zur Verwaltungsvorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass der Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung Vorrang hat und bittet um ein Wort dafür und ein Wort dagegen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, spricht sich gegen den

Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung aus. Er denkt, dass es gerade in einer so wichtigen Frage für die Stadt Plauen überhaupt keinen Grund oder Anlass geben würde, nicht öffentlich abzustimmen.

Beschluss:
Der Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung wird mit **12 Ja-Stimmen; 24 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

Beschluss-Nr.: 40/18-9GO

Beschluss:
Der Geschäftsordnungsantrag auf namentliche öffentliche Abstimmung wird mit **23 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen angenommen.**

Beschluss-Nr.: 40/18-9GO

Auf Nachfrage von Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass gemäß § 18 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen eine namentliche Abstimmung erfolgt, wenn dies von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Stadtrates beantragt wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft zur namentlichen öffentlichen Abstimmung des Beschluss-vorschlages der Vorlage auf.

Beschluss zur Verwaltungsvorlage:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung 2018.

Gemäß Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion – namentliche Abstimmung:

23 Ja-Stimmen

Bindl, André	Erdmann, Christian	Kusche, Rico	Schmidt, Jörg
Blechschmidt, Dieter	Gerbeth, Sven	Mühle, Monika	Süß, Christa
Boerner, Xenia	Glied, Alexandra	Müller, Steffen	Weiß, Hansjoachim
Bräunel, Ralf	Kämpf, Tobias	Ruppin, Wolf-Rüdiger	Zabel, Benjamin
Brückner, Dirk	Knabe, Kerstin	Salzmann, Thomas	Ralf Oberdorfer
Eckardt, Ingo	Prof. Dr. Kowalzick, Lutz	Schicker, Annekatrin	

14 Nein-Stimmen

Fiedler, Thomas	Hermann, Christian	Reißner, Ilka	Thieme, Frank
Hagen, Ronny	Herold, Daniel	Rüdiger, Tobias	Zabel, Frank M.
Hänsel, Claudia	Rank, Petra	Seidel, Uta	
Hegel, Andrè	Rappenhöner, Dieter	Stubenrauch, Bernd	

2 Stimmenthaltungen

Gerber, Klaus
Jäger, Klaus

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 40/18-10

3.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Mülltrennung an öffentlichen Schulen in Plauen
Reg. Nr. 270-18
- Stellungnahme der Verwaltung

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., hat das Programmheft für die Veranstaltung „80 Jahre Pogrom“ erhalten, wozu sie folgende Fragen hat:

Laut des o. g. Programmheftes sind am 09.11.2018 insgesamt 5 Veranstaltungen geplant.
Dies sei nach Meinung von Stadträtin Hänsel zu viel.

Gleichzeitig sollte beachtet werden, dass der 09.11.2018 ein Freitag – also Sabbat – ist.
Dies scheint Stadträtin Hänsel ungünstig gewählt, da auch Bürger aus Israel zu den Veranstaltungen eingeladen sind.
Stadträtin Hänsel fragt nach, ob die Veranstaltungen eventuell verlagert werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet den Kulturbetrieb um Klarstellung dieser Fragen.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Kerstin Knabe Stadträtin
Plauen, den	Plauen, den
Peggy Glaß Schriftführerin	Steffen Müller Stadtrat